



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Niederschrift

**über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und
Beschwerdeausschusses**

am

Wochentag	Datum
Montag	13.06.2016

Übersicht über die gefassten Beschlüsse		
TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
	Geschäftsordnungsbeschluss	
1	Beschlussvorlagen	
1.1	Satzung über die Regelung des Marktverkehrs und anderer markt-ähnlicher Veranstaltungen wie Kirmessen, Zirkusveranstaltungen, Wochenmärkte sowie die Erhebung von Marktstandsgebühren im Gebiet der Stadt Hennef(Sieg)	87 zu TOP 1.1 und 1.2
1.2	Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen	
1.3	Finanzielle Unterstützung der Hennefer Jugendfeuerwehr	88
1.4	Antrag des ADFC "Rad- und fußgängerfreundliche Lösung für die Frankfurter Straße" vom 25.02.2016	89
2	Anfragen	
2.1	Breitbandausbau in Hennef; Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.04.2016	
2.2	Anfrage der Fraktion Die Linke „Anfrage AKW Tihange“ vom 05.06.2016	
3	Mitteilungen	
3.1	Antrag der Volksabstimmung vom 31.03.2016 zum Thema "Bundesverkehrswegeplan"	
3.2	Schließung der Bankfiliale in Happerschoß; Schreiben der SPD Fraktion vom 31.03.2016	
3.3	Sachstand Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft; Antrag der CDU-Fraktion vom 21.09.2015 und E-Mail von Herrn Dahm (SPD-Fraktion) vom 16.02.2016	
	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:25 Uhr
Ort: Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef
Einladungsdatum: 01.06.2016
Nachtragsdatum: 09.06.2016

Vorsitzender: Klaus Pipke
Schriftführerin: Monika Frey

Anwesenheitsliste:

Ratsmitglieder

Berger, Claudia	CDU	Vertreterin für Frau Keuenhof
Dahm, Mario	SPD	
Deisenroth-Specht, Edelgard	SPD	
Ecke, Matthias	Bündnis 90 / Die Grünen	
Fiedrich, Detlev	Bündnis 90 / Die Grünen	
Golombek, Björn	SPD	
Große Winkelsett, Christa	CDU	
Herchenbach, Jochen	SPD	
Höhner, Hans Peter	CDU	
Kania, Günter	CDU	
Kotula, Jennifer	FDP	Vertreterin für Herrn Marx
Meinerzhagen, Norbert	Die Unabhängigen	
Offergeld, Ralf	CDU	
Pasch, Rainer	CDU	
Precker, Axel	SPD	
Rindfleisch, Joachim	Die Unabhängigen	
Roos-Schumacher, Hedwig Dr.	CDU	
Sauer, Heinz Willi	CDU	Vertreter für Herrn Schenkelberg
Spanier, Norbert	SPD	
Wallau, Thomas	CDU	
Walterscheid, Theo	CDU	
Weisel, Gerd	Die Linke	

Von der Verwaltung waren anwesend:

Herr Barth	Stadtbetriebe Hennef
Herr Breuer	Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Herr Herkt	Beigeordneter
Herr Nentwig	Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Herr Ortseifen	Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum
Herr Rossenbach	Zentrale Steuerung und Service
Frau Steffan	Amt für Kultur, Sport und Öffentlichkeitsarbeit
Herr Stenzel	Stadtbetriebe Hennef
Frau Trockfeld	Amt für Steuerungsunterstützung
Herr Walter	Erster Beigeordneter
Frau Weber	Finanzmanagement
Herr Wiegel	Stadtbetriebe Hennef

TOP	Beratungsgegenstand	Beschluss Nr.
	Öffentliche Sitzung	
	Geschäftsordnungsbeschluss	

Herr Bürgermeister Pipke begrüßte die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses, stellte die form- und fristgerechte Einladung fest und wies auf die vorliegende Tischvorlage hin:

- TOP 2.2 Anfrage der Fraktion „Die Linke“ vom 05.06.2016 zum AKW Tihange und Doel in Belgien, Anlage Nr. 5 A

1	Beschlussvorlagen	
----------	--------------------------	--

1.1	Satzung über die Regelung des Marktverkehrs und anderer marktähnlicher Veranstaltungen wie Kirmessen, Zirkusveranstaltungen, Wochenmärkte sowie die Erhebung von Marktstandsgebühren im Gebiet der Stadt Hennef(Sieg)	87
------------	--	-----------

Herr Spanier (SPD) schlug vor die Satzungen zu den Tagesordnungspunkten 1.1 und 1.2 gemeinsam zu beraten. Damit waren alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Er beantragte die Vertagung der Satzungen, eine Darstellung der Einnahmen in den betreffenden Bereichen sowie einen Vergleich der Gebühren mit den Nachbarkommunen vorzulegen.

Des Weiteren sprach Herr Spanier die häufigen Beschwerden über den bestehenden Wochenmarkt an und schlug vor das bestehende Konzept zu überdenken.

Der Bürgermeister erklärte, dass die Verwaltung und Organisation des Wochenmarktes vertraglich geregelt sei und über die Marktgilde erfolge. Herr Pipke schlug vor, den Geschäftsführer der Marktgilde zu einer der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses einzuladen, damit er über die bestehenden Probleme informiert werde und Stellung nehmen könne.

Herr Pipke legte zur Information eine Übersicht der Standgebühren der Hennefer Kirmesveranstaltungen vor und erläuterte daran die gemäßigten Gebührenerhöhungen. Er führte die Notwendigkeit der Überarbeitung der Satzungen im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes aus und gab zu bedenken, dass die letzte Gebührenanpassung vor 15 Jahren im Rahmen der Euroumstellung erfolgte.

Herr Ecke (Bündnis 90/Die Grünen) fragte nach, wie diese Gebühren erhoben werden. Herr Nentwig (Leiter Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum) erläuterte, dass die Gebühren über einen Gebührenbescheid veranschlagt und eingezogen werden. Die Einhaltung der beantragten Sondernutzungen werde vom Außendienst des Ordnungsamtes kontrolliert.

Herr Fiedrich (Bündnis 90/Die Grünen) fragte, ob die Glas- und Kleiderspendencontainer ebenfalls unter diese Gebührenregelungen fallen würden.

Frau Weber (Kämmerin) und der Bürgermeister erklärten, dass die Gebühren für die Glascontainer an die Stadt gezahlt würden. Für Kleiderspendencontainer werden ebenfalls Gebühren erhoben, sofern diese nicht auf privaten Flächen stehen würden.

Anmerkung der Verwaltung:

Bezüglich der Glascontainer existiert eine Vereinbarung zwischen der DSD Deutschland AG und den Kommunen über die Kostenbeteiligung an Stellflächen von Sammelgroßbehältern mit der sämtliche Leistungen und Kosten abgegolten werden, die durch die Errichtung, Bereitstellung, Unterhaltung sowie Sauberhaltung von Flächen für die Aufstellung von Sammelgroßbehältnissen im Zusammenhang mit der Wertstofffraktion Glas entstehen. Hierfür wird ein pauschales Entgelt in Höhe von 1,00 Euro/Einwohner/Jahr zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer entrichtet.

Die RSAG ist nicht betroffen. Die Festlegungen werden von der Clearing Stelle für Nebenentgelte und Mitbenutzungsentgelte bei der Entsorgung gebrauchter Verkaufsverpackungen getroffen. Die Zahlungen erfolgen dann von den einzelnen Partnern des Dualen Systems.

Für die Kleiderspendencontainer der RSAG besteht ein gesonderter Vertrag mit der RSAG. Entsprechend zu diesem Vertrag werden für die anderen Aufsteller die Gebühren in gleicher Höhe (monatlich 5,00 Euro) erhoben.

Herr Offergeld (CDU) begrüßte die Einladung des Geschäftsführers der Marktgilde in den Wirtschaftsausschuss. Er schlug vor, die Kalkulation der Gebühren auf das Wesentliche zu beschränken und wies nachdrücklich darauf hin, dass die finanzielle Belastung der kleineren Veranstaltungen nicht zu hoch werden dürfe, um diese nicht zu gefährden.

Der Bürgermeister ließ über die Vertagung der Tagesordnungspunkte 1.1 und 1.2 abstimmen:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig die Vertagung der Tagesordnungspunkte 1.1 und 1.2. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, eine Darstellung der Einnahmen in den betreffenden Bereichen sowie einen Vergleich der Gebühren mit den Nachbarkommunen vorzulegen und den Geschäftsführer der Marktgilde zu einer der nächsten Sitzungen des Wirtschaftsausschusses einzuladen.

Abstimmungsergebnis: vertagt

1.2	Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen	87
-----	--	----

Herr Spanier (SPD) schlug vor die Satzungen zu den Tagesordnungspunkten 1.1 und 1.2 gemeinsam zu beraten. Damit waren alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Hinweis: Beratung und Beschluss wurden unter TOP 1.1 niedergeschrieben.

1.3	Finanzielle Unterstützung der Hennefer Jugendfeuerwehr	88
-----	---	----

Herr Spanier (SPD) beantragte das Konzept mit den zu erwartenden Ausgaben vor den Haushaltsberatungen den Fraktionen vorzustellen.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass es sich bei der freiwilligen Feuerwehr um eine ehrenamtliche Organisation handelt und daher die Verwaltung den Zeitpunkt der Fertigstellung des Konzeptes nicht vorschreiben könne. Herr Pipke sagte aber zu, dass er das Konzept vorlegen werde, sobald es fertig sei. Dann ließ er über den Beschlussvorschlag mit der Ergänzung abstimmen:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig, den Antrag der SPD-Fraktion zu vertagen, das Konzept mit den zu erwartenden Ausgaben vor den Haushaltsberatungen den Fraktionen vorzustellen und danach im Rahmen der Haushaltsberatungen zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4	Antrag des ADFC "Rad- und fußgängerfreundliche Lösung für die Frankfurter Straße" vom 25.02.2016	89
-----	---	----

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschloss einstimmig:

Die Behandlung des Antrages des ADFC zum Thema „Rad- und fußgängerfreundliche Lösung für die Frankfurter Straße“ vom 25.02.2016 wird zuständigkeitshalber in den Ausschuss für Stadtgestaltung und Planung verwiesen.

Der Antragsteller ist entsprechend zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2	Anfragen	
---	-----------------	--

2.1	Breitbandausbau in Hennef; Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.04.2016	
-----	---	--

Die Antwort der Verwaltung wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

2.2	Anfrage der Fraktion Die Linke „Anfrage AKW Tihange“ vom 05.06.2016	
-----	--	--

Die Ausschussmitglieder nahmen die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

3	Mitteilungen	
---	---------------------	--

3.1	Antrag der Volksabstimmung vom 31.03.2016 zum Thema "Bundesverkehrswegeplan"	
-----	---	--

Der Antrag der „Volksabstimmung“ zum Thema „Bundesverkehrswegeplan“ wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

3.2	Schließung der Bankfiliale in Happerschoß; Schreiben der SPD Fraktion vom 31.03.2016	
-----	---	--

Das Schreiben der Kreissparkasse Köln und die Antwort der Verwaltung wurden von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Herr Rindfleisch (Die Unabhängigen) schilderte ergänzend die Sorgen und Bedenken der Bevölkerung zur Schließung der Filiale der Kreissparkasse Köln in Happerschoß.

Herr Pipke berichtete von der Zusammenarbeit mit dem Heimatverein Happerschoß, um die Räume der bisherigen Geschäftsstelle sinnvoll weiter zu nutzen. Vorstellbar sei zum Beispiel ein gefördertes Projekt für die Nahversorgung in Anlehnung an das DORV-Konzept.

3.3	Sachstand Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft; Antrag der CDU-Fraktion vom 21.09.2015 und E-Mail von Herrn Dahm (SPD-Fraktion) vom 16.02.2016	
-----	--	--

Der aktuelle Sachstand zur Einrichtung einer eigenen kommunalen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	

Keine.

5	Anfragen	
---	-----------------	--

Die Anfragen der Ausschussmitglieder wurden von der Verwaltung beantwortet.

6	Mitteilungen	
---	---------------------	--

Keine.


Klaus Pipke
Vorsitzender


Monika Frey
Schriftführerin

Tischvorlage



Hennef
DER BÜRGERMEISTER

Anfrage

Amt: Ordnungsverwaltung und Bürgerzentrum

TOP: 2.2

Vorl.Nr.: F/2016/0091

Anlage Nr.: 5A

Datum: 13.06.2016

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	13.06.2016	öffentlich

Tagesordnung

Anfrage der Fraktion Die Linke „Anfrage AKW Tihange“, vom 05.06.2016

Anfragentext

Ich nehme Bezug auf die als Anlage beigefügte Anfrage der Fraktion Die Linke vom 05.06.2016.

Die Zuständigkeit in dieser Angelegenheit liegt beim Land NRW. Die Kreisverwaltung befindet sich für das gesamte Kreisgebiet in enger Abstimmung mit den entsprechenden Behörden. Die Maßnahmenpläne und konkrete Umsetzungsszenarien befinden sich derzeit in der Ausarbeitung.

Sobald eine finale Planung vorliegt, werde ich sie hierüber informieren.

Ergänzende Informationen können Sie der beigefügten Pressemitteilung der Kreisverwaltung entnehmen.

Hennef (Sieg), den 13.06.2016


Klaus Pipke
Bürgermeister

Anlagen

Atomkraftwerke Doel und Tihange: Informationen für den Rhein-Sieg-Kreis im Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz vorgestellt

Rhein-Sieg-Kreis (hei) – Aufgrund der Eingaben der Kommunen und der Landesregierung NRW an die belgische Regierung und das Europäische Parlament zur Sicherheitslage der Atomkraftwerke Doel und Tihange beschäftigte sich jetzt der Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz des Rhein-Sieg-Kreises mit dem Thema.

„Auch der Rhein-Sieg-Kreis wird in diesem Bemühen, den belgischen Staat zur Abschaltung der Anlagen aufzufordern, nicht locker lassen“, sagte Kreisdirektorin Annerose Heinze.

„Die Rahmenempfehlung der Strahlenschutzkommission des Bundes enthält Planungsgebiete in der Umgebung kerntechnischer Anlagen, bis 5 Kilometer, bis 20 Kilometer, bis 100 Kilometer und darüber hinaus das Planungsgebiet gesamte Bundesrepublik. Mit einer Entfernung von 120 Kilometer bis 200 Kilometer, bezogen auf das Atomkraftwerk Tihange, liegt der Rhein-Sieg-Kreis im Planungsgebiet 'gesamte Bundesrepublik', informierte Rainer Dahm, Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz des Rhein-Sieg-Kreises. Dies bedeutet für den Fall eines Kernkraftunfalls der Stufe INES 7, dass unter 18-Jährige, Schwangere und stillende Mütter, Jodtabletten erhalten sollen. Freilich hat erst NRW, als einziges Bundesland, den Bestand beim Bund abgefragt. Bislang erhielt der Rhein-Sieg-Kreis keine Jodtabletten, da er außerhalb der sogenannten Außenzone bis 100 Kilometer liegt. Doch nach neueren Planungen werden auch für den Landkreis die Tablettenkontingente zur Verfügung gestellt.

„Noch ungeklärt ist das Verteilungskonzept. Der Landkreistag NRW ist an das Innenministerium des Landes NRW mit der Erwartung herangetreten, dass von dort ein landesweites Konzept erstellt wird“, so Rainer Dahm.

Neben der Verteilung der Jodtabletten an die genannten Bevölkerungsgruppen gelten für den Rhein-Sieg-Kreis zwei weitere Schutzmaßnahmen – entsprechend der Rahmenempfehlungen der Ständigen Störfallkommission beim Landesinnenministerium: die Messung der Strahlenbelastung und die Warnung der Bevölkerung.

Im Rhein-Sieg-Kreis wurde in den vergangenen beiden Jahren die Messausstattung erneuert und ergänzt, so dass im gesamten Kreisgebiet bis zu 18 Strahlenspürtrups gleichzeitig eingesetzt werden können.

Das Warnkonzept des Rhein-Sieg-Kreises sieht vor, dass die Bürgerinnen und Bürger durch Sirenenwarnung aufmerksam gemacht und informiert werden. Darüber hinaus steht die Warn-App des Bundes „NINA“ in den Startlöchern. Noch ist sie nicht vollständig einsatzbereit; eine Fehlerbehebung durch den Bund ist zugesagt. Weitere Warnung und Information erfolgt durch Radiodurchsagen über Radio Bonn/Rhein-Sieg beziehungsweise landesweit über WDR 2; ebenfalls ist die Einrichtung eines Bürgertelefons vorgesehen.

Darüber hinaus wurde im Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz über die allgemeinen Katastrophenschutzmaßnahmen, wie beispielsweise die Kommunikation des Kreises mit den kreisangehörigen Kommunen, informiert.

Dieser Meldung können wir Ihnen ist folgendes Medium anbieten:

INES-Skala



Rhein-Sieg-Kreis
 Pressestelle
 Tel. (02241) 13 - 2966 / -2967 / -2219
 E-Mail: pressestelle@rhein-sieg-kreis.de

Die Pressestelle "Rhein-Sieg-Kreis" ist Mitglied bei presse-service.de [<http://www.presse-service.de/>]. Dort können Sie Mitteilungen weiterer Pressestellen recherchieren und per E-Mail abonnieren.

powered by
presse-service.de

Die Klassifizierung von meldepflichtigen Ereignissen erfolgt international durch die INES-Skala.

